

GEMEINDERAT GRETZENBACH

PROTOKOLL zur

Sitzung 8 vom Dienstag, 28. Juni 2011, 19:30 - 22:00 Uhr
im Sitzungszimmer 1

Sitzungsleitung:	Cartier-von Arx Daniel
Teilnehmende:	Merz-Good Hans Jörg Ramel-Remiga Werner Schärer-Mumenthaler Walter Schenker-Beaud Mario Widmer Andreas Wobmann-Fröhlicher Susanna
Gäste:	Daniel Plattner zum Trakt. 2 und 3 David Ramel zum Trakt. 5
Entschuldigt:	
Protokollführung:	Flury Andrea

Das Traktandum zwei „**Bauamt und Anstellung Werkmeister / Weiteres Vorgehen (nicht öffentlich)**“ wird nachtraktandiert. Somit ergibt sich folgende Liste:

Verhandlungen

15.06.035.	Protokolle GR Protokoll	1	73
17.06.000.490.	Bauamt und Anstellung Werkmeister / Weiteres Vorgehen (nicht öffentlich)	2	74
33.05.000.430.	Köllikerstrasse Perimeterbeitrag Sanierung Köllikerstrasse / Grundsatzentscheid	3	75
33.05.000.430	Köllikerstrasse Ausführungsarbeiten Kanalisation und Wasserleitungen Köllikerstrasse / Vergabe der Ingenieurarbeiten	4	76
04.05.010.160.	Aare Land Zofingen Zukunftsbild AareLand zum Agglomerationsprogramm 2. Generation / Behördenvernehmlassung	5	77
15.06.037.	Verschiedenes 2011	6	78

73	15.06.035.	Protokolle GR Protokoll
----	------------	-----------------------------------

Beschluss: Das Protokoll der 7. Sitzung vom 14. Juni 2011 wird einstimmig genehmigt.

74	17.06.000.490.	Bauamt und Anstellung Werkmeister / Weiteres Vorgehen (nicht öffentlich)
----	----------------	---

Dieses Traktandum wird als **nicht öffentlich** beschlossen.

75	33.05.000.430.	Köllikerstrasse Perimeterbeitrag Sanierung Köllikerstrasse / Grundsatzentscheid
----	----------------	---

Botschaft REIS:

Anlässlich der Landerwerbsverhandlungen ist von Seiten der Anstösser die Frage betreffend einem allfälligen Perimeterbeitrag für den Strassenausbau aufgetaucht. Die Möglichkeit eines Perimeterbeitrages an die Erstellungskosten des neuen Gehweges wurde bis anhin noch nie thematisiert und auch von den Ingenieurbüros nicht implementiert. Offensichtlich wurde dies auch nie an früheren Planungs- oder Budgetsitzungen besprochen.

Die Perimeterfrage ist bei einem Kantonsstrassenausbau eher selten, da in aller Regel nur saniert wird. Hier wird nun aber ein zusätzlicher Gehweg (=Mehrwert) auf einer Teillänge erstellt, womit ein Perimeteranteil des Kostenanteils der Gemeinde für den zusätzlichen Gehweg an die Privaten überwältzt werden könnte. Eine Abschätzung der Grössenordnung der Perimeterkosten für den zusätzlichen Gehweg West pro Parzelle sieht folgendermassen aus (ohne neuen Gartensockel, dieser dürfte ohnehin nicht auf die Privaten überwältzt werden):

- ca. 12.5 m x 1.5 m = ca. 20 m² pro Parzelle
- 20 m² à ca. 300 Fr./m² = Fr. 6'000 pro Parzelle
- Gemeindeanteil: ca. 30% x 6'000 = Fr. 1'800
- Perimeteranteil Privat: 40% à 1'800 = Fr. 720

(40% gemäss §4 des kommunalen Gebührenreglementes für Hauptverkehrsstrassen)

Somit ergäben sich für die 13 Parteien Kostenanteile von je rund Fr. 700. Im Gegenzug müsste aber ein Perimeterplan erarbeitet und öffentlich aufgelegt werden, was wiederum Kosten und Verzögerungen verursacht. Nach Rücksprache mit dem Ingenieurbüro Berger Wenger Plattner, Aarau, wird empfohlen auf die Ausarbeitung eines Perimeterplanes aus folgenden Gründen zu verzichten:

- Die Perimeterkosten sind im Verhältnis pro Partei sehr gering
- Die für die Gemeinde zu vereinnahmenden Perimeterbeiträge sind auch im Verhältnis zu den Gesamtinvestitionen gering
- Die Kosten des Perimeterverfahrens sind im Verhältnis zu den Perimeterbeiträgen hoch (allenfalls sogar höher als die Erträge)

- Die Beeinträchtigung der einzelnen Parzellen durch die Strassenbauarbeiten sind überdurchschnittlich hoch
- Eine zusätzliche Beeinträchtigung der einzelnen Parzellen erfolgt auch durch die Gemeinde-Werklleitungen

Aus diesen Gründen scheint ein Verzicht auf ein Perimeterverfahren sinnvoll und vertretbar. Präjudizgründe sind in Ermangelung künftiger Vergleichsfälle mit Ausbauten an Kantonsstrassen ebenfalls gering und im Hinblick auf die Kosten/Nutzenbetrachtung im Einzelfall auch begründbar.

Antrag:

Der Gemeinderat verzichtet bei der Sanierung der Köllikerstrasse aus praktischen Überlegungen auf die Erarbeitung eines Perimeterplans. Dieser Entscheid gilt nicht als Präjudiz für vergleichbare Ausbauten in Gretzenbach.

Eintreten auf das Geschäft wird nicht bestritten und gilt als **beschlossen**.

In der **Detailberatung** wird das Wort nicht verlangt.

Beschluss: Der einstimmige Gemeinderat beschliesst auf die Ausarbeitung eines Perimeterplanes bei der Sanierung Köllikerstrasse gemäss Antrag zu verzichten.

Mitteilung an: Berger Wenger Plattner, Aarau; Finanzverwaltung; Werkkommission (mit Protokollauszug)

76	23.05.040.	Kanalisationen; Neubau, Ausbau, Erschliessungen - separate Ablage Archiv Ausführungsarbeiten Kanalisation und Wasserleitungen Köllikerstrasse / Vergabe der Ingenieurarbeiten
----	------------	---

Akten: Honorarofferte vom 3.06.2011

Botschaft REIS:

Bereits im Jahr 2007 diskutierte eine Arbeitsgruppe intensiv über die Sanierung der Köllikerstrasse. Daraus resultierte schliesslich ein Auftrag an die H. Tanner AG für die Erstellung eines Bauprojektes. Danach waren während längerer Zeit keine Aktivitäten mehr zu verzeichnen, bis am 19. März 2010 im Gemeindehaus Gretzenbach, auf Initiative der Gemeinde, eine Orientierungssitzung stattfand.

Folgende Personen waren anwesend:

Peter Portmann	Kanton
Pascal Vögeli	Büro Gruner AG
Hermann Tanner	Büro Gruner AG
Herr Feigel	Büro Gruner AG
Hans Vögeli	Finanzverwalter Gemeinde
Thomas Amsler	Präsident WEK
Stefano Donatiello	Mitglied WEK, Verantwortlicher Strassen
Wädi Schärer	Ressortleiter Infrastruktur

An dieser Sitzung ging es darum, sich gegenseitig kennen zu lernen und über den aktuellen Stand der Planung informiert zu werden. Damals ging man davon aus, dass der Baubeginn im März 2011 erfolgen könnte. Wie wir wissen, ergaben sich von Seiten des Kantons etliche Verzögerungen, so dass der Baubeginn neu auf August 2011 festgelegt wurde.

Das Ingenieurbüro Berger Wenger Plattner AG wurde vom Kanton beauftragt, die im Titel erwähnte Sanierung durchzuführen. Die Gemeinde Gretzenbach ist für die Werkleitungen verantwortlich und somit auch für die Auftragsvergabe an sein Ingenieurbüro zuständig.

Im Verlauf der Geschäftsübergabe von Hermann Tanner an die Gruner AG und dem gleichzeitigen Wechsel im Gemeinderat, ist Niemandem aufgefallen, dass weder die Hermann Tanner AG noch die Nachfolgefirma, Gruner Ingenieure AG einen Auftrag erhalten haben. Dies obwohl Gruner AG, wie an der Gemeindeversammlung und im Gemeinderat informiert, schon längstens Arbeiten für dieses Projekt geleistet hat. Weil dieses Geschäft seit dem Jahr 2007 ein Dauerthema war, glaubten alle Beteiligten, dass ein entsprechender Auftrag längstens erteilt wurde. Nach Abklärungen mit der Finanzverwaltung, Hermann Tanner und dem Ingenieurbüro Gruner AG liegt aber tatsächlich kein schriftlicher Auftrag vor. Mit der Annahme der zwei vorliegenden Anträge kann nun der Gemeinderat korrigierend eingreifen und seinen Beitrag für einen korrekten und reibungslosen Start der Sanierung Köllikerstrasse leisten.

Antrag:

Der Gemeinderat vergibt im freihändigen Verfahren die Ingenieurarbeiten für die Kanalisation zum Preis von Fr. 79'142.30 und Wasser zum Preis von Fr. 39'711.75 an die Gruner Ingenieure AG, Brugg.

Eintreten auf das Geschäft wird nicht bestritten und gilt als **beschlossen**.

Es folgt die **Detailberatung**.

Hansjörg Merz macht beliebt, künftig auch andere Ingenieurbüros zu prüfen und bei solchen Beträgen allenfalls sogar das Submissionsverfahren zu lancieren. Zudem ist er erstaunt über die späte Feststellung, dass kein Auftrag für diese Arbeitsgattung vorhanden ist.

Wädi Schärer erklärt: Dieses Projekt wurde noch durch Hermann Tanner aufgegeben und dem Ingenieurbüro Gruner übergeben. In der Vergangenheit waren die Ingenieurarbeiten meistens an denselben Ingenieur vergeben worden. Dies soll sich künftig ändern. Auch Wädi Schärer staunte, als es sich heraus stellte, dass keine Auftragsvergabe vorhanden ist. Leider funktionierte der Informationsfluss mit dem Ingenieurbüro Gruner nicht reibungslos. Oft muss die Bauherrschaft aktiv werden, um Informationen zu erhalten. Erfreulicherweise erhält die Gemeinde sämtliche Informationen vom Büro Berger Wenger Plattner, Aarau, einwandfrei.

Werner Ramel würde es begrüssen, nicht immer dasselbe Ingenieurbüro zu berücksichtigen. Der vorige Gemeindepräsident wollte nicht, dass mehrere Ingenieurbüros für die Gemeinde Gretzenbach tätig sind. Aus diesem Grund wurde sehr oft das Büro Hermann Tanner berücksichtigt.

Beschluss: Der einstimmige Gemeinderat beschliesst gemäss Antrag.

Mitteilung an: Werkkommission; Finanzverwaltung (mit Protokollauszug), Gruner Ingenieurbüro (mit Brief)

77	04.05.010.160.	Aare Land Zofingen Zukunftsbild AareLand zum Agglomerationsprogramm 2. Generation / Behördenvernehmlassung
----	----------------	--

Akten: Zukunftsbild 2030 (abgegeben am 10.05.2011); Protokollauszug Baukommission

Botschaft REBU:

Künftige Bundesbeiträge an Verkehrsinfrastrukturen des Agglomerationsverkehrs erfolgen auf der Basis von Programmen. Ein Agglomerationsprogramm ist ein langfristiges Planungsinstrument, das periodisch erneuert wird. Es umfasst inhaltlich und zeitlich koordinierte und priorisierte Massnahmen zur Lenkung der Siedlungsentwicklung, sowie infrastrukturelle und betriebliche Massnahmen der verschiedenen Verkehrsträger eines ganzen Agglomerationsraums.

Als Hauptgegenstand dieses Agglomerationsprogrammes muss jede Agglomeration unter Einbezug der Kantone und Gemeinden ein Zukunftsbild erstellen.

Grundlagen:

Das Zukunftsbild AareLand baut auf den bestehenden Planungsinstrumenten Aargau und Solothurn, insbesondere den kantonalen Richtplänen und Regionalentwicklungskonzepten Aarau, Niederamt, Olten-Gäu und Zofingen Region auf.

Das Zukunftsbild wird für den gesamten Raum AareLand erarbeitet und soll als dessen räumliche Strategie verwendet werden. Die finanziellen Beiträge des Bundes für die aus dem Agglomerationsprogramm abzuleitenden Massnahmen beschränken sich aber nur auf diejenigen Gemeinden, die gemäss Bundesamt für Statistik (BfS) Teil der Agglomerationen Aarau und Olten-Zofingen sind, dazu gehört auch Gretzenbach.

Dieses liegt jetzt als Entwurf vor. Es sieht sehr ähnlich wie das REK Niederamt aus, welches im letzten Jahr durch den Gemeinderat verabschiedet wurde. Beide Werke wurden durch das Planteam erstellt.

Die Einwohnergemeinden des Aarelandes (siehe auch Gemeinderatsprotokoll 5 vom 26. April 2011 Seite 8 bis 10) sind nun aufgefordert, zu diesem „Zukunftsbild 2030 – Agglomerationsprogramm 2. Generation bis am 15. Juli 2011 Stellung zu nehmen.

Die Resultate dieser Vernehmlassung werden bis im Herbst zusammengetragen und der resultierende Gesamtbericht den Gemeinden voraussichtlich im Spätherbst wieder zur Vernehmlassung unterbreitet. Anschliessend wird ein Massnahmenplan entworfen. Das gesamte Agglomerationsprogramm muss beim Bund im Juli 2012 eingereicht werden.

Die Baukommission als fachliches Planungsgremium hat das Zukunftsbild 2030 an der Sitzung vom 9. Juni 2011 behandelt und zuhanden des Gemeinderates eine Stellungnahme abgegeben. Diese Stellungnahme kann im Protokollauszug der BAK nachgelesen werden.

Ziel:

Der Gemeinderat soll diese Unterlagen aus politischer wie auch als planerischer Sicht beurteilen. Der Antrag soll aus der Detailberatung heraus entstehen.

Werner Ramel erläutert und ergänzt seine Botschaft. Wir müssen nun bereits zum zweiten Mal zu einem solchen Thema Stellung nehmen, das letzte Mal im Jahr 2010 zum REK. Das AareLand ist vergleichbar mit dem REK, nur weitet sich das Gebiet in den Aargau und Luzern aus. Er ist der Meinung, dass der Gemeinderat bei dieser Vernehmlassung die Messlatte hoch ansetzen und die Bedürfnisse der Gemeinde Gretzenbach anbringen soll. Er macht beliebt, die Arbeit der Baukommission in die Vernehmlassung einfließen zu lassen.

Eintreten auf das Geschäft wird nicht bestritten und gilt als **beschlossen**.

Ergänzungen des Gemeindepräsidenten: Als erstes möchte ich die Arbeit der Baukommission würdigen. Sie hat – meines Erachtens – ihre Aufgabe voll und ganz wahrgenommen und uns eine gute Diskussionsgrundlage gebracht. Ich möchte mich damit bei der Baukommission für diese mit einem erheblichen Aufwand verbundene Arbeit danken. Ich selber bin froh darüber, dass diese Punkte in unsere Diskussion einfließen, auch wenn ich nicht mit allen einverstanden bin oder nicht alle verstehen kann. Insbesondere möchte ich aber festhalten: Wenn der Gemeinderat jetzt Korrekturen vornimmt, so heisst dies nicht, dass die Kommission ihre Arbeit nicht richtig gemacht hat.

Es folgt die **Detailberatung**. So eine Stellungnahme soll jeweils mit der Würdigung des vorliegenden Dokuments beginnen und anschliessend sollten die detaillierten Kommentare und Korrekturvorschläge erfolgen.

Der Vorsitzende schlägt als Einleitung für unsere Stellungnahme folgenden Text vor:

Der Gemeinderat Gretzenbach nimmt Kenntnis vom Zukunftsbild 2030 der Region Aareland. Er stellt sich positiv zu der gemeinsamen regionalen Planung im funktionalen Raum Aareland. Er sieht vor allem das Bedürfnis, unsere Region mit der Investition von Bundesgeldern aufzuwerten, damit sie an Attraktivität gewinnt.

Als oberste Planungsbehörde auf Gemeindeebene möchte er aber seine Bedenken zu einer übertriebenen regionalen Vereinheitlichung äussern, welche ein Dorf seiner Eigenheiten berauben kann, und er wehrt sich gegen jeden unnötigen Autonomieverlust in planerischen Angelegenheiten.

Der Gemeinderat ist **stillschweigend** mit diesem Text **einverstanden**.

Die Punkte der Baukommission werden diskutiert und folgende Änderungen angebracht:

Ort im Dokument	Anmerkung/Korrektur	Begründung
Seite 9, Zeichnung 1	Es fehlt ein direkter ÖV-Anschluss vom Niederamt in den Raum Zofingen.	
David Ramel ergänzt, dass es sinnvoll wäre, wenn das Niederamt nicht via Olten nach Zofingen gelangen kann, sondern beispielsweise direkt mit einem Bus von Gretzenbach nach Kölliken.		
	Beschluss: <i>Der Gemeinderat beschliesst, diesen Punkt in der Vernehmlassung nicht zu berücksichtigen.</i>	
Seite 9, Zeichnung 2 Seite 11, M2.8 Seite 15, M4.2, M4.4, M4.5	Die Anbindung des Niederamtes an die A1 darf nicht nur über die bestehenden Strassen erfolgen. Nach eingehender Diskussion wird der Vorschlag von Daniel Cartier in die Vernehmlassung integriert: <i>Die Anbindung des MIV aus dem Niederamt an die A1 darf nicht in</i>	Die Anbindung des MIVs aus dem Niederamt an die A1 erfolgte bisher erklärermassen über die Städte Aarau (Richtung Osten) und Olten (Richtung Westen). Die Städte sind jedoch zunehmend überlastet und installieren Zufahrtsbeschränkungen, sogar an den Hauptachsen. Der MIV Richtung A1 fährt deshalb zunehmend über die Verbindungsstrassen Gretzenbach-Kölliken und Däniken-Walterswil, und dabei mitten durch die Dorf-

	<i>erster Linie über die Nord-Süd Verbindung Gretzenbach-Kölliken und Däniken-Walterswil erfolgen. Entweder werden die gewachsenen Ost-West Verbindungen über die Städte wieder verbessert oder es werden neue Verbindungen geschaffen.</i>	zentren und Wohnzonen. Dies ist eine un- haltbare Entwicklung.
S. 18	<p>Z7.1: Der Kernergänzungsraum ist mehrheitlich durch hohe Dichten mit Schwergewicht beim qualitätsvollen Geschosswohnungsbau geprägt.</p> <p>SL7.1: Die Gemeinden schaffen nutzungsplanerisch die Voraussetzungen für die Quartierentwicklung mit quartierverträglichen, hohen Dichten mit Schwergewicht beim qualitätsvollen Geschosswohnungsbau.</p> <p>SL7.2: Auf grossflächige, neue Einfamilienhaus Quartiere wird verzichtet.</p>	Diese Aussagen stellen einen markanten Eingriff in die Autonomie der Gemeinde dar und lassen den Gemeinden wenig Spielraum für den Erhalt der gewachsenen Dorfstruktur. Die Gemeinden müssen Handlungsspielraum haben für ihre Entwicklung.
<p>Die erwähnten Punkte sieht die Baukommission als sehr problematisch, gemäss David Ramel. Auch für den Gemeinderat ist es sehr wichtig, dass die Planungsautonomie bei der Gemeindebehörde bleibt.</p> <p>Der Vorsitzende ergänzt, dass bereits gegenwärtig nicht die Gemeinde alleine über Zonenplanänderungen entscheiden kann. Der Kanton hat somit eine sehr grosse Einflussnahme. Er wird zwar von seiner Seite her keine Umnutzung durchsetzen. Aber die Gemeinden können nichts ohne Einwilligung des Kantons umsetzen.</p>		
	<p>Folgender Punkt wird in die Vernehmlassung zu obigen Ausführungen einfließen:</p> <p>Beschluss: <i>Die Planungsautonomie in diesem Bereich muss mindestens im bestehenden Mass bei den Gemeinden bleiben.</i></p>	
S. 19	M8.5: Die Arbeitsgebiete sind mittels direkten und sicheren Fuss- und Radverkehrsverbindungen an die Zentren, die ÖV-Haltestellen und an die umliegenden Schwerpunktgebiete Wohnen angebunden.	Der Bund propagiert, dass die Bevölkerung bezüglich Arbeitsstelle flexibler werden muss und in Zukunft auch weitere Arbeitswege in Kauf zu nehmen sind, andererseits will man Fahrradwege bis an die Fabriken bauen. Deshalb ist dieser Punkt schwierig umzusetzen.

	<p>Mario Schenker stört sich an den <i>Worten: sind mittels direkten und sicheren Fuss- und Radverkehrsverbindungen</i>. Mit diesen Ausführungen ist nicht klar, was auf die Gemeinde kostenmässig zukommen wird. Gemäss Daniel Cartier handelt es sich beim Punkt M8.5. um eine Zielsetzung. In Gretzenbach ist das Problem mit der Sicherheit an den meisten Orten gelöst, die Verbesserungen an der Köllikerstrasse werden demnächst umgesetzt.</p>	
	<p>Beschluss: <i>Der Gemeinderat beschliesst in der Vernehmlassung sich zu diesem Punkt mit 2 gegen 2 Stimmen und dem Stichentscheid des Gemeindepräsidenten nicht zu äussern.</i></p>	
S. 25	<p>Die guten Busanschlüsse sind bei zuhalten. Ausserdem soll eine direkte Verbindung an Olten angestrebt werden. Es stellt sich die Frage, wie die Fahrbeschränkung zu verstehen ist.</p>	
<p>Gemäss Daniel Cartier beziehen sich die Punkte auf Seite 25 auf die Naherholungsgebiete und sind in diesem Zusammenhang nachvollziehbar. Diese Einwände kann man eher auf Punkt M2.1 auf Seite 11 beziehen. Zwar ist das Reisen mit dem ÖV nach Aarau sehr einfach, allerdings nach Olten sehr umständlich. Zudem besteht auf der Bahnlinie zwischen Aarau – Olten ein Nadelöhr. Wichtig ist, dass beim Ausbau auf vier Spuren zwingend vermehrt Personenzüge eingesetzt werden. Bis dieser Ausbau realisiert ist, steht uns noch ein langer Weg bevor. Mario Schenker ergänzt, dass grundsätzlich das bestehende ÖV-Angebot sehr gut sei. Zudem löst ein Busangebot das Problem beim ÖV nur bedingt, da die Reisezeit relativ lange ist (kein direkter Weg zu den Bahnhöfen). Werner Ramel findet es zudem wichtig, dass auch das Unterdorf mit den verschiedensten Fachmärkten mittels ÖV erreicht werden kann.</p>		
	<p>Der Gemeinderat beschliesst folgende Stellungnahme zum Punkt M2.1 abzugeben: <i>Bis der Vierspurausbau im Niederramt realisiert und der Regionalverkehr verbessert ist, wird der urbane Raum südlich der Aare mit einer durchgehenden Busverbindung bedient.</i></p> <p>Die Formulierung der Baukommission entfällt somit.</p>	<p>Die ÖV-Anbindung der Gemeinden südlich der Aare an die Zentren ist sehr einseitig und in Däniken sogar sehr schlecht.</p>
S 26, SL13.1	<p>„Grossflächige Siedlungserweiterungen sind nur dort zulässig, wo die Massnahmen der inneren Verdichtung ausgeschöpft sind.“</p>	<p>In Gretzenbach ist eine solche Realisierung praktisch nicht möglich.</p>

Gemäss Daniel Cartier sollte zu diesem Punkt nichts erwähnt werden. Die Meinung ist, dass die Lücken im Baugebiet wie bei uns z.B. Staldenacker gefüllt werden, bevor neues Land eingezont wird. Es wird von einer inneren Verdichtung gesprochen.	
	Beschluss: <i>Der Gemeinderat verzichtet auf eine Stellungnahme zum Punkt SL 13.1.</i>

Antrag:

Der Gemeinderat nimmt mit dem beschlossenen Text Stellung zum Zukunftsbild 2030 der Agglomeration AareLand.

Beschluss: Der einstimmige Gemeinderat beschliesst gemäss Antrag.

Mitteilung an: Baukommission (mit Protokollauszug); AareLand (mit Brief)

78	15.06.037.	Verschiedenes 2011
----	------------	---------------------------

Mitteilungen des Gemeindepräsidenten:

36.06.010.

Betriebsbesichtigung Post Schönenwerd

Am letzten Samstagmorgen habe ich an der 1-stündigen Führung durch den Betrieb der Post-Zustellstelle Schönenwerd teilgenommen. Mit anwesend waren noch drei Behördenvertreter von Schönenwerd und zwei von Niedergösgen. Von den 40 grösseren Betrieben, welche auch noch eingeladen worden sind, ist niemand gekommen.

Den Anwesenden wurde der Ablauf der Postverteilung und Zustellung vorgestellt, wobei die Verteilung 1:1 vorgezeigt wurde. Zusätzlich wurde ein Dokumentationsfilm über den Weg eines Briefes von der Aufgabe bis zur Auslieferung gezeigt, was bei der A-Post ja alles innerhalb von ca. 15 Stunden passiert. Und kurz vor dem abschliessenden Kaffee und Zopf wurden noch die neuen Elektrofahrzeuge des Zustelldienstes vorgestellt.

35.08.010. / 35.08.000.

Bundes- und Jungbürgerfeier

Im Mai haben Beat Tännler und ich mit den diesjährigen Jungbürgern Kontakt aufgenommen. Sie sind motiviert, am ersten August selber etwas zu bieten, was ins übliche Programm hinein passt. Der Ablauf ist der übliche. Begrüssen und durchs Programm führen wird Beat Tännler. Die Festrede kommt von Frau Miriam Ragaz-Gassler, welche in der Geschäftsleitung der Gassler AG tätig ist. Die Gelöbnisabnahme werde ich selber durchführen. Der Musikverein wird die Feier im gewohnten Stil umrahmen. Und die Festwirtschaft wird durch den FC geführt.

33.05.000.400./35.05.000.120.

Strassensperrung Kirchenfeldstrasse

Am Samstag, den 6. August, findet das Kirchenfeld-Quartierfest statt. Die Veranstaltenden haben ein Gesuch um Sperrung des hintersten Abschnitts der Kirchenfeldstrasse von Frybackerstrasse bis Bielackerstrasse eingereicht. Ich habe das Gesuch bewilligt. Die Strassensperrung wird publiziert. Die anfallenden Kosten werden den Veranstaltenden verrechnet. Die Sperrung beginnt am Samstagmittag und dauert bis Sonntagnachmittag 14.00 Uhr.

Mitteilungen des Ressortgemeinderates Bau und Umwelt:

34.08.005.

Grünabfuhr

Bei der Einführung der Grünabfuhr wurde bei der Kostenberechnung pro Jahr mit 60 Tonnen Grüngut gerechnet. Bis zum heutigen Datum wurden bereits 29 Tonnen abgeführt. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass die 60 Tonnen realisierbar sind. Erstaunlich ist, dass die Mengen sehr unterschiedlich sind. Diese können zwischen einer bis 2.5 Tonnen variieren. Nach den Sommerferien wird Werner Ramel einen Zwischenbericht von Seite der Umweltschutzkommission dem Gemeinderat vorlegen.

Eppenbergtunnel

Am 29. Juni 2011 findet in Schönenwerd bezüglich des Eppenbergtunnels eine Informationsveranstaltung statt. Werner Ramel wird an der nächsten Sitzung darüber informieren.

Mitteilungen der Ressortgemeinderätin Bildung und Kultur

31.00.000.150.

Fachkommission Bildung

Letzte Woche tagte die Fachkommission Bildung. Diskutiert wurde, ob diese Kommission noch sinnvoll ist. Die meisten Aufgaben laufen direkt über den Schulleiter. Die Kommission selber hat keine Kompetenzen Beschlüsse zu fassen. Es handelt es sich um eine beratende Kommission. Die Parteien sollen diese Problematik besprechen. Ob diese Kommission am Ende der Amtsperiode aufgelöst wird, muss politisch entschieden und im Zusammenhang mit der DGO überprüft werden.

GEMEINDERAT GRETZENBACH

Der Gemeindepräsident: Die Gemeindeschreiberin:

Daniel Cartier

Andrea Flury